



An den Oberbürgermeister der Stadt Nürnberg  
Dr. Ulrich Maly  
Rathaus  
90403 Nürnberg

Nürnberg, den 02.03.2015

### **Demokratischen Prozess im Nürnberger Stadtrat sichern**

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

der Stadtrat hat sich am 02. Mai des vergangenen Jahres neu konstituiert. Insgesamt umfasst der Stadtrat in dieser Legislatur neun demokratische Parteien bzw. Wählergemeinschaften. Dieses Ergebnis ist das Resultat einer pluralistischen Stadtgesellschaft und spiegelt die Vielfalt der Stadt Nürnberg wieder. Als Ergebnis der Mehrheitsfindung hat sich eine Kooperation aus SPD- und CSU-Fraktion gebildet, die mit 52 Sitzen die große Mehrheit (76%) des Rates abbildet.

Die AntragstellerInnen verstehen den Stadtrat als ein gemeinschaftliches Organ, in dem die Ziele der Stadt Nürnberg erörtert, diskutiert und vorangebracht werden, und dabei möglichst viele Interessen abgewogen werden sollten. Nun hat sich im Zuge der Haushaltsberatungen, aber auch in einigen Stadtratssitzungen gezeigt, dass Absprachen der beiden Kooperationspartner den Entscheidungsprozess

a.) schon im Vorfeld unwiderruflich festlegen und  
b.) vor allem für die kleineren Parteien ein konkreter Informations- und Beratungsnachteil besteht. Wichtige Grundsatzdebatten werden bereits vordiskutiert und in nicht zugänglichen Zirkeln weitestgehend abgestimmt. Es steht außer Frage, dass nicht alle Themen ausführlich im Plenum besprochen werden können, zentrale Aspekte sollten jedoch gemeinschaftlich erörtert werden.

Um auch weiterhin ein gemeinschaftliches Miteinander zum Wohle der Stadt Nürnberg gewährleisten zu können, stellen wir folgenden **Antrag**:

- Gemeinsames Ziel aller demokratischen Kräfte im Nürnberger Stadtrat ist es, Grundsatzentscheidungen, sei es zum Haushalt der Stadt Nürnberg, zur Finanzplanung oder zu wegweisenden Entscheidungen, gemeinschaftlich zu beschließen und im Vorfeld gemeinsam zu erörtern.
- Der Oberbürgermeister der Stadt Nürnberg sorgt dafür, dass die entsprechenden Unterlagen und Informationen den angesprochenen Parteien/Wählergemeinschaften rechtzeitig und in ausreichendem Umfang zur Verfügung gestellt werden.

- Nachreichungen zu zentralen Themen werden so gut es geht vermieden.
- Die beiden Kooperationspartner erklären sich grundsätzlich dazu bereit, alle demokratischen Parteien/Wählergemeinschaften an Kooperationsausschüssen zu zentralen Themen zu beteiligen. Nur so kann dem Ziel der gemeinschaftlichen, transparenten Stadtratsarbeit Rechnung getragen werden.

Mit freundlichen Grüßen



Achim Mletzko  
Bündnis 90/Die Grünen



Dr. Christiane Alberternst  
Freie Demokraten



Jan Gehrke  
ÖDP

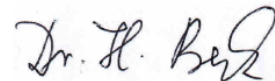
Titus Schüller  
Linke Liste



Stephan Grosse-Grollmann  
Die Guten



Michael Bengl  
Piraten



Prof. Dr. Hartmut Beck  
Freie Wähler